

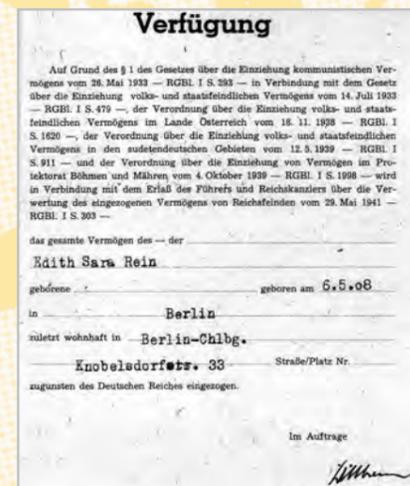
Kurz danach erwarb Gertrud Rein ein Seifenhandelsgeschäft in der Knobelsdorffstr. 33. An den Laden schloß sich eine Wohnung an, in der sie mit ihren beiden Kindern lebte. Mit den Einnahmen aus dem Geschäft finanzierte sie die Schul- und Berufsausbildung ihrer Kinder. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 und den darauf folgenden Boykottaufrufen gegen Juden ging der Umsatz ihres Geschäfts Jahr für Jahr zurück. Schließlich wurde sie am 26.11.1938 von der Seifenhandelsfachgruppe zur Schließung des Geschäfts gezwungen. Sie lebte weiterhin mit ihren Kindern in der Wohnung, aber die Verbindung zwischen Wohnung und Laden wurde versperrt. Am 21.9.1942 wurde Gertrud Rein aus ihrer Wohnung geholt und deportiert. Ein Jahr später starb sie im Konzentrationslager Theresienstadt.

Ihre zweite Tochter, **Edith Rein**, besuchte die Ottilie-Manteuffel-Schule, eine private Höhere Mädchenschule in Charlottenburg. Danach absolvierte sie eine kaufmännische Ausbildung an der Paul-Dieke-Privatschule, ebenfalls in Charlottenburg. Nach dem Ende der Ausbildung bekam sie eine Stelle als Kontoristin und Verkäuferin in der Wein- und Spirituosen Groß- und Kleinhandlung Julius Eifermann in der Waldstraße in Tiergarten. Dort machte sie Karriere und verbesserte sich finanziell immer weiter.

Diese Situation hat sich mit der Machtübernahme der Nazis schlagartig verändert. Aufgrund der Boykottaufrufe der NSDAP und der daraus resultierenden Einnahmeverluste sah sich Edith Reins jüdischer Arbeitgeber gezwungen, ihr Gehalt zu kürzen. 1935 oder 1936 wurde Julius Eifermann genötigt, sein Geschäft zu verkaufen; danach ist er ausgewandert. Der neue Geschäftsinhaber hat Edith Rein sofort entlassen, weil sie Jüdin war. Weil sie keine bessere Stelle fand, war sie danach als Lagerarbeiterin in einer jüdischen Weinhandlung in der Turmstraße tätig. 1938 kam es zum Zwangsverkauf des Geschäfts, so daß sie wieder arbeitslos war. Ab Oktober 1938 arbeitete sie als Haushaltshilfe bei einer jüdischen Familie. Da diese Familie ebenfalls unter den diskriminierenden Maßnahmen der NS Regierung litt, konnte sie ihr nur 20 Reichsmark im Monat zahlen. Die Familie ist 1939 ausgewandert und Edith Rein fand danach keine Stelle mehr. Ab September 1940 mußte sie Zwangsarbeit in

einem I.G. Farben-Werk in Rummelsburg (Lichtenberg) leisten. Sie mußte zu Fuß gehen und brauchte allein für den Hinweg zwei Stunden. Nachdem ihre Mutter, bei der sie wohnte, 1942 deportiert worden war, hat sie weiterhin in der Wohnung gelebt. 1943 schließlich wurde auch ihre Deportation vorbereitet. Am 5.03.1943 befand sie sich in der Sammelstelle in der Levetzowstr.8. Dort stand eine Synagoge, die seit 1941 als Sammellager mißbraucht wurde.

An diesem Tag, dem 5.03.1943, wurde ihr ein Dokument zugestellt, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß ihr Vermögen gemäß einer Verordnung vom 25.11.1941 eingezogen wird. Sie besaß auf einem Konto der Deutschen Bank 912,- Reichsmark und bei der Sparkasse der Stadt Berlin ein Sparkonto mit 1.261,42 Reichsmark. Ihr gesamtes Geld wurde beschlagnahmt und sogar die Wohnungseinrichtung wurde verkauft. Edith Rein wurde einen Tag später, am 6.03.1943, nach Auschwitz deportiert, wo sie später starb.



Verfügung der Geheimen Staatspolizei vom 1. Febr. 1943, mit der Edith Reins Vermögen „zugunsten des Deutschen Reiches“ eingezogen wurde.

Die erste Tochter, Herta Rein, hat die Herrschaft der Nationalsozialisten überlebt und ist nach Südafrika ausgewandert, wo sie sich in Johannesburg niedergelassen hat.

Insgesamt lebten im Kiez wenig Juden, ca. 98 Menschen bei einer damaligen Einwohnerzahl von fast 30.000. Auch diese wenigen Juden wurden gnadenlos verfolgt, und viele erlitten das gleiche Schicksal wie die oben erwähnten sieben Bewohner.

Das Kiezbündnis Klausenerplatz möchte in den folgenden Jahren weitere Stolpersteine im Kiez verlegen. Auch die anderen jüdischen Mitbewohner, die vom NS-Regime ermordet wurden, verdienen es, auf diese Weise geehrt zu werden.

Deshalb bitten wir Sie, für weitere Stolpersteine zu spenden: Die Verlegung eines Gedenksteines kostet 100,- Euro Bitte überweisen Sie ihre Spende auf folgendes Konto:

Kiezbündnis Klausenerplatz e.V.
Kontonr. 63 52 71 100
Postbank Berlin (BLZ 100 100 10).
Verwendungszweck: Stolpersteine
Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch gerne ausgestellt.

Im KiezBüro ist eine Liste aller deportierten und ermordeten Juden im Kiez einsehbar. Sie können dort auch eine bestimmte Person bzw. ein Haus auswählen.

Die Namen in dieser Liste sind dem Gedenkbuch „Juden in Charlottenburg“ entnommen, das 2009 erschienen ist.

Wir bedanken uns bei folgenden Anwohnerinnen und Anwohnern, die mit ihren Spenden die Verlegung der ersten sieben Stolpersteine ermöglicht haben: Christa und Jan Adamiec; Gabriele und Christoph Hauschild; Cornelia und Reinhold Georg Jung; Dr. Sabine Jungk und F. Schütte; Ilka und Bernd Kruska; Matthias Kutsch und Dr. Renata Lysy sowie bei Anwohnern, die bei einer Sammlung von Jugendlichen des Zeitensprünge-Projekts „Vermisste Nachbarn“ beim Kiezfest 2008 gespendet haben.



Kiezbündnis Klausenerplatz e.V.
 Seelingstraße 14 · 14059 Berlin · Tel.: 30 82 44 95
 www.klausenerplatz.de · info@klausenerplatz.de

Stolpersteine



in der Knobelsdorffstr.
 13 und 33

Einweihung
 Freitag, 17. Dez. 2010, 16 Uhr.
 Treffpunkt
 vor dem Haus Knobelsdorffstr. 33

Die hier verlegten Stolpersteine sollen an sieben jüdische Kiezbewohner erinnern, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Sie wurden in Konzentrationslager oder Ghettos deportiert, wo sie umgebracht wurden oder aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen starben. So wie ihnen erging es vielen Berliner Juden, so daß nach Kriegsende die jüdische Gemeinde in der Stadt praktisch ausgelöscht war.

Im Jahre 1933 lebten ca. 160.000 Berliner jüdischen Glaubens in der Stadt, davon 27.000 in Charlottenburg. Mit der Machtübernahme durch die NSDAP verschlechterten sich die Lebensbedingungen dieser Menschen kontinuierlich. 1933 wurde Oberbürgermeister Heinrich Sahn, einem Deutschnationalen, Julius Lippert als Staatskommissar zur Seite gestellt. Lippert war Fraktionsvorsitzender der NSDAP in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Sowohl er als auch Sahn erließen sofort Verordnungen gegen jüdische Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst; so wurden etwa alle jüdischen Ärzte entlassen, und jüdische Anwälte durften nicht mehr tätig sein, wenn in einer Rechtssache die Stadt beteiligt war.

Nach dem Aufruf der Nationalsozialisten zum antijüdischen Boykott am 1.4.1933 erhöhte die Berliner Verwaltung den Druck noch weiter. Jüdische Kinder durften keine staatlichen Kindergärten mehr besuchen, jüdische Organisationen keine städtischen Räume mehr nutzen. Aus dem Öffentlichen Dienst wurden jüdische Lehrer, jüdische Professoren, jüdische Ärzte und jüdische Juristensystematisch entfernt.

Bis Ende 1934 hat der Berliner Magistrat 55 Verfügungen gegen Juden erlassen, aber keine einzige dieser Verfügungen hatte eine gesetzliche Grundlage. Das bedeutet, daß die Stadtverwaltung, zumindest in den ersten Jahren, radikaler gegen Juden vorging als von der NSDAP gefordert. Dies führte dazu, daß bis Ende 1934 über 22.000 jüdische Berliner auswanderten.

Im September 1935 wurden die „Nürnberger Rassegesetze“ verabschiedet, woraufhin die Berliner Verwaltung die Juden in der Stadt noch stärker drangsalierte: die verbliebenen Juden wurden aus den Bezirksverwaltungen entlassen, und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften hoben die Verträge ihrer jüdischen Mieter auf, um nur einige Beispiele zu nennen.

Am 19.12.1935 trat Oberbürgermeister Sahn von seinem Amt zurück. Oskar Maretzky, ein parteiloser Politiker, der der NSDAP nahestand, war zu der Zeit Bürgermeister und übernahm kommissarisch das Oberbürgermeisteramt bis zu seiner Pensionierung am 1.3.1937. Sein Nachfolger wurde der bisherige Staatskommissar Julius Lippert. Seit dem 17.08.1938 mußten alle Juden einen zusätzlichen Vornamen annehmen; bei den Männern war es "Israel", bei den Frauen "Sara". Die NS-Machthaber wollten, daß man deutsche Juden schon anhand ihres Namens identifizieren kann.

Bis zu Beginn des 2. Weltkrieges hatten ca. 80.000 Juden die Stadt verlassen. Das Leben der Zurückgebliebenen wurde immer unerträglicher, vor allem nach den Novemberpogromen 1938. Diese Pogrome, die verharmlosend auch "Reichskristallnacht" genannt werden, fanden am 9./10.11.1938 im gesamten Deutschen Reich statt. In diesem Zeitraum wurden 400 Juden ermordet oder in den Selbstmord getrieben, 191 Synagogen wurden niedergebrannt, 76 weitere verwüstet, 7.500 Läden, 171 Wohnungen und zahlreiche Gemeindehäuser und Friedhöfe wurden zerstört.



Ein sog. „Judenstern“. Die Zwangskennzeichnung für jüdische Bürger wurde in Deutschland am 1. September 1941 eingeführt.



Schon im April 1933 wurden jüdische Geschäfte von SA-Männern in Berlin boykottiert.

Außerdem kam es zu vielen Plünderungen jüdischer Geschäfte. Die Täter dieser gesteuerten Aktionen waren SA – und NSDAP-Mitglieder. Diese Pogrome stellten eine weitere Eskalationsstufe der Judenverfolgung dar. In Berlin verlor Lippert 1940 durch eine Intrige von Albert Speer sein Amt als Oberbürgermeister, sein Nachfolger wurde Ludwig Steeg. An der Politik gegenüber den Juden änderte sich nichts. Schließlich begann das Nazi-Regime mit der Deportation. Am 18.10.1941 wurden vom Bahnhof Grunewald die ersten Berliner, 1.013 Menschen (davon 189 Charlottenburger, unter ihnen 8 Menschen aus dem Kiez), per Zug nach Litzmannstadt (Łódź) in Polen deportiert, wo eines der größten Ghettos des Dritten Reiches entstand. Später wurde dort auch ein Konzentrationslager für Jugendliche eingerichtet. Ab Sommer 1942 wurden Berliner Juden, vor allem Rentner, auch in das Konzentrationslager Theresienstadt transportiert, und zwar vom Anhalter Bahnhof aus. Ende 1942 fand der erste Transport von Berlin nach Auschwitz statt; 998 Berliner Juden (darunter 90 Charlottenburger) wurden dabei deportiert.

Insgesamt haben 63 sogenannte „Osttransporte“ und 117 „Alterstransporte“ Berlin verlassen, zumeist nach Auschwitz (35.738 Menschen) und nach Theresienstadt (15.000 Menschen). Bis fast in die letzten Kriegstage wurden Juden deportiert. Der letzte Transport nach Auschwitz fand am 5.1.1945 statt, der letzte Zug nach Theresienstadt fuhr am 27.3.1945. In den Lagern wurden 55.696 Berliner Juden ermordet. Nach Kriegsende gab es nur noch ungefähr 6.500 Juden in Berlin.

Die verlegten Stolpersteine sollen an folgende Menschen erinnern:

- **Joseph Berenblum**, Knobelsdorffstr.33, geb. am 20.04.1896 in Szydłowice, Polen, deportiert am 27.11.1941, gestorben am 30.11.1941 im Ghetto in Riga
- **Cypra Berenblum**, Knobelsdorffstr. 33, geb. am 22.05.1897 in Łódź, Polen, deportiert am 27.11.1941, gestorben am 30.11.1941 im Ghetto in Riga
- **Klara Berenblum**, Knobelsdorffstr. 33, geb. am 13.3.1923 in Berlin, deportiert am 27.11.1941, gestorben am 30.11.1941 im Ghetto in Riga
- **Gertrud Rein**, Knobelsdorffstr. 33, geb. am 25.07.1879 in Wilhelmshöhe, Schlesien, deportiert am 21.09.1942, gestorben am 3.02.1943 im Ghetto von Theresienstadt
- **Edith Rein**, Knobelsdorffstr. 33, geb. am 6.05.1908 in Berlin, deportiert am 6.03.1943, gestorben in KZ Auschwitz, Datum unbekannt
- **Siegfried Huppert**, Knobelsdorffstr. 13, geb. am 19.06.1901 in Czernowitz, Rumänien, deportiert am 18.10.1941, gestorben am 26.04.1942 im Ghetto von Litzmannstadt
- **Susie Huppert**, Knobelsdorffstr. 13, geb. am 12.04.1868 in Czernowitz, Rumänien, deportiert am 18.10.1941, gestorben am 29.12.1941 im Ghetto von Litzmannstadt

Im folgenden wird der Werdegang von Gertrud und Edith Rein beschrieben, da über die beiden, im Gegensatz zu den anderen, biographische Angaben zur Verfügung stehen. Die Angaben stammen aus Akten, die sich im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Abt.I Entschädigungsbehörde, befinden.

Gertrud Landau heiratete im März 1906 Siegfried Rein. Am 15.01.1907 kam ihre erste Tochter, Herta Rein, zur Welt. Ihre zweite Tochter, Edith Rein, wurde am 6.05.1908 geboren. Die Ehe zwischen Gertrud und Siegfried Rein wurde im Dezember 1914 geschieden.